

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933 Herausgegeben in Berlin, den 7. April 1933 Nr. 34

Inhalt: Gesetz zur Gleichberechtigung der Juden in Deutschland vom 7. April 1933

§ 1. Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(1) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(2) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(3) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(4) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(5) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(6) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(7) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(8) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(9) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(10) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(11) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(12) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(13) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(14) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(15) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(16) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(17) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(18) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(19) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(20) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(21) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(22) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(23) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(24) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(25) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(26) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(27) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(28) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(29) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(30) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(31) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(32) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(33) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(34) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(35) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(36) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(37) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(38) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(39) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(40) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(41) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(42) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(43) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(44) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(45) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(46) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(47) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(48) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(49) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(50) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(51) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(52) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(53) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(54) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(55) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(56) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(57) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(58) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(59) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(60) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(61) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(62) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(63) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(64) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(65) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(66) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(67) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(68) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(69) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(70) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(71) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(72) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(73) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(74) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(75) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(76) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(77) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(78) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(79) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(80) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(81) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(82) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(83) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(84) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(85) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(86) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(87) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(88) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(89) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(90) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(91) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(92) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(93) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(94) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(95) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(96) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(97) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(98) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(99) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

(100) Die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ist durch folgende Bestimmungen geregelt:

Dr. Herbert Neuwalder
Ordination 15-16h
Zur ärztlichen Behandlung
nur für Juden berechtigt

Der Stürmer
Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit
Herausgeber: Julius Streicher
München, im April 1933
Nr. 17

Judenärzte
Frauenscänder und Mörder
Das Hindert
Die Juden sind unser Unglück!

Gedenken der jüdischen Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde, Versicherungs- und Versorgungsmedizin

Prof. Dr. Jürgen Probst, Murnau am Staffelsee

Die damalige Deutsche Gesellschaft für Unfallheilkunde, Versicherungs- und Versorgungsmedizin e.V. (DGU) hat durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen alle ihre dokumentarischen und vereinsrechtlichen Unterlagen verloren. Insbesondere verfügte sie nicht einmal mehr über Mitgliedsverzeichnisse und andere Geschäftspapiere. Ihre Vereinstätigkeit war schon mit Kriegsbeginn 1939 eingestellt worden, der letzte „Unfallkongress“ hatte 1939 stattgefunden. Das Organ der Gesellschaft, die „Monatsschrift für Unfallheilkunde“, erschien auch in den Kriegsjahren, über das Leben der Gesellschaft sowie über Aktivitäten ihrer Mitglieder finden sich darin jedoch keine Mitteilungen.

Der Urzweck der 1922 gegründeten Gesellschaft bestand in der Organisation ihrer Jahrestagungen, die satzungsgemäß dem Austausch der Erfahrungen unter den Kollegen, auch mit ausländischen Fachgenossen, dienen sollten. Mit der

späteren Entwicklung der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde, ab 1990 der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie, lassen sich die Veranstaltungen der Zwischenkriegszeit kaum vergleichen, indem außer den Jahrestagungen und Internationalen Kongressen keine weiteren Veranstaltungen abgehalten wurden. Auch kannte die Gesellschaft keine breitere aktive Beteiligung ihrer Mitglieder an innergesellschaftlichen Aufgaben und Außerdarstellungen, wie sie seit den 1970er Jahren in Gestalt der Ausschüsse, Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften etc. zu wesentlichen Merkmalen der Gesellschaft entwickelt wurden. Es gab außer der Ehren- und der Korrespondierenden Mitgliedschaft keine weiteren Auszeichnungen, keine wissenschaftlichen Preise, keine Stipendien. Dementsprechend spielte auch der persönliche Umgang unter den Kollegen eine andere Rolle, als sie heute für selbstverständlich gehalten wird. Gerade dieser letztgenannte Umstand – wohl

auch befördert durch die damalige Multidisziplinarität der Mitglieder und die damit gegebenen fachlich unterschiedlichen Interessenlagen – bedingte ein loseres Gemeinschaftsbewusstsein, das die Wiederausammenführung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht erleichterte.

Es kommt hinzu, dass die Alliierten mit Übernahme der staatlichen Gewalt sämtliche Vereine verboten. Der Zerfall der Kriegskoalition und der rasch heraufziehende Ost-West-Konflikt schnitten das Land auseinander. Die Wiedergründung der Gesellschaft konnte erst 1950 vollzogen werden – basierend auf der mühsam aus dem Personengedächtnis und „von Mann zu Mann“ rekonstruierten Mitgliedschaft der Überlebenden. Da aber lagen die sogenannte Machtergreifung und der Beginn der von Anfang an imperativen Verfolgung der jüdischen Mitglieder der Gesellschaft schon eineinhalb Jahrzehnte zurück, das Spektrum der Mitglieder hatte sich natürlicherweise ver-

ändert. Die persönliche Erinnerung an die emigrierten, die verfolgten und die ermordeten Kollegen war nicht mehr allgegenwärtig. Es waren, neben den den Alltag beherrschenden Existenznöten, wohl auch die noch fehlende Aufklärung über das ganze Ausmaß des (erst später offenlegten und so benannten) Holocausts sowie eine mehr oder minder bewusste Verdrängung des Geschehenen, die die Geschändeten dem Vergessen überließen.

Mit – nachträglicher – Betroffenheit muss man feststellen, dass in dem langen Zeitraum seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts fast bis gegen dessen Ende eine spezielle, auf die einzelnen Personen bezogene Aufarbeitung des Verfolgungskomplexes in der gesamten Breite der gesellschaftlichen Einrichtungen, Institutionen wie auch der staatlichen Behörden, Ämter und Ministerien nur fragmentarisch stattgefunden hat, obwohl das Ausmaß des Verbrechens längst bekannt war. Unter den wissenschaftlichen Gesellschaften hat die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie 2011, „ein Zeichen gegen das Verschweigen und Vergessen“ setzend, in eindrucksvoller Buchdokumentation ihrer Mitglieder gedacht. Die Einzelschicksale sind dort nicht erkennbar, dagegen erfährt man vieles – auch interpretierend – über die Umstände, geschichtlichen Vorgänge und eben insbesondere über das Verhalten der Zeitgenossen, dargestellt im Kontext der „Reden der Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie 1933–1945“ [1]. Unter den 216 namentlich genannten verfolgten Kollegen finden sich auch einige, die gleichzeitig der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde angehörten. Ein weiteres Beispiel des Gedenkens liefert die 2001 veröffentlichte Dokumentation der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie, die sich vorwiegend mit den Auswirkungen des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses auseinandersetzt, aber auch beklemmende Zeugnisse des vergeblichen Ringens um jüdische Kollegen wiedergibt [2].

Warum greift die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie dieses Thema erst jetzt auf? Hier sei der bereits eingangs erwähnte Hinweis wiederholt, dass die Dokumentationslage der DGU ungleich ungünstiger war. Im Unterschied zu anderen Gesellschaften konnte auch nicht auf Rückkehrer – kein einziger solcher

konnte festgestellt werden – und deren Gedächtnisschatz zurückgegriffen werden. Gleichwohl hat sich die DGU seit vielen Jahren bemüht, Licht in das Dunkel zu bringen, und dies umso mehr, als bekannt war, dass ihr Präsident von 1930, Paul Jotchkowitz, zu den Verfeimten gehörte, obwohl er bereits viele Jahre vor Beginn der NS-Gewaltherrschaft seine Religionsgemeinschaft verlassen hatte. Erst mit der Einrichtung staatlicher, kommunaler bzw. wissenschaftlicher Kommissionen und Gremien, die „amtlichen“ Zugriff auf zum Teil verschüttete Quellen hatten, gelang es, durch Abgleich bruchstückhafter, manchmal vager Überlieferungen nach und nach den größten Teil der verfolgten Mitglieder hinreichend dokumentarisch gesichert aufzufinden. Das ermittelte Schriftmaterial, auch einige wieder aufgefundene Mitgliederverzeichnisse, ist meistens erst in den letzten zehn Jahren verfügbar geworden. Da es sich bei dem Schicksal unserer verfolgten Mitglieder um ein historisch besonders sensibles, auch in die Zukunft wirkendes Thema handelt, ist es der geschichtlichen Wahrheit verpflichtet, keine unbelegten Behauptungen nur um der Eintagesaktualität willen – oder um sich einer unbequemen Aufgabe zu entledigen – aufzustellen. Dass auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt Fragen unbeantwortet geblieben sind und der eine oder andere Zweifel hat noch nicht beseitigt werden können, darf mit gebotener Zurückhaltung hingenommen werden.

Wer sich mit dem Schicksal jener Mitglieder unserer Gesellschaft befasst, wird sich wieder und wieder die Frage stellen, wie es „dazu“ kommen konnte. Diese Frage provoziert sogleich die weitere nach denen, die „es“ geschehen ließen und denen, die auch ungewollt, dem mörderischen System zur Durchsetzung seiner Ziele mitgeholfen, wenn auch nicht direkt dazu verholten haben. Da ist angesichts der Ungeheuerlichkeiten ein Schuldvorwurf rasch in die Welt gesetzt. Einen solchen im Schnellverfahren zu erheben, würde der von Leopold von Ranke, dem berühmtesten Historiker des 19. Jahrhunderts, aufgestellten Maxime „wie es eigentlich gewesen ist“, nicht gerecht – um Gerechtigkeit aber handelt es sich auch in diesem Fall. Die Voraussetzungen und Entwicklungen, die zur Berufung der NS-dominierten Regierung am 30. Januar 1933 führten, sind zuerst unter staatspolitischen Gesichtspunkten zu

betrachten. Die von Anfang an absichtsvoll missbräuchlich, kriminell ausgeübte Macht im Schein korrumpierter Legalität mit sofortiger praktischer Aussetzung von Verfassung und Recht – alsbald „legalisiert“ durch das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vom 24. März 1933, das sogenannte Ermächtigungsgesetz (eine gesetzliche Einrichtung der Weimarer Verfassung) – ist die andere Seite derselben Medaille. Dieser geschichtliche Komplex von Ursachen, Handlungen und Wirkungen umfasst einen weitaus größeren Zeitraum als nur die Jahre der braunen Gewaltherrschaft und deren unmittelbares Vorspiel. Seine Wertung und geschichtliche Einordnung ist Gegenstand der historisch-politischen Forschung und Literatur (und Publizistik).

„Ein absolutes Novum war dann die Tatsache, dass der NS-Rassenantisemitismus seit 1933 zum ersten Mal zur Praxis eines modernen Staates gemacht wurde“ [3]. Aber: Antijudaismus, Nationalismus und Rassismus waren bereits seit dem vorangegangenen Jahrhundert eine endlich nicht nur unheilvolle Fusion, sondern auch eine chaotische und totalitäre Legierung miteinander eingegangen. Diese Zitate beschreiben nüchtern die eigentlichen Gründe der weitreichenden – nicht nur in ärztlichen, sondern in allen akademischen, sogar den theologischen Berufsbereichen – und weitgehend widerspruchslosen Hinnahme der primär beruflichen Verfolgung der jüdischen Kollegen: Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich, verfälschend fußend auf Darwins Evolutionstheorie, Rassenlehre und Sozialdarwinismus zu einem intensiv diskutierten Thema in der bildungsbürgerlichen Schicht verbreitet [4]. So war es den neuen Machthabern ein Leichtes, ihre Ideologie der Ausmerzung als wissenschaftlich fundiert und völkisch-moralisch gerechtfertigt darzustellen. Die ab Machtergreifung unverzüglich einsetzende Unterlaufung der staatlichen Organe oder überhaupt deren Umgehung lieferten das Instrumentarium zur Durchsetzung ihrer totalitären Herrschaftsziele. Im Fall der im öffentlichen Dienst tätigen Ärzte schuf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1934 die scheinlegale Handhabe, welche sich leicht auf andere Institutionen (Regelung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst vom 4. Mai 1933)

übertragen ließ [5]. Die „Eliten“ ließen es geschehen – teils in Verkennung dessen, dass sich eine Diktatur etablierte, teils infolge durchaus rücksichtsloser Einschüchterung. Dabei waren die geltenden gesetzlichen Straftatbestände der Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung, Körperverletzung und – bereits im Anfang der systematischen Verfolgung – der Tötung offensichtlich erfüllt!

Hinzu kommt, dass viele in der „nationalen Erhebung“ [5] irrigerweise eine neu ordnende Aufarbeitung der Nachkriegsprobleme und der Schwächen der Weimarer Republik wahrzunehmen glaubten bzw. erhofften. Die weitere Entwicklung sah man nicht voraus, man hielt sie im deutschen Ordnungsstaat gar nicht für möglich. Die Zusicherung, jüdische Teilnehmer des 1. Weltkrieges seien von den Maßnahmen nicht betroffen, täuschte Juden und „Arier“. Selbst viele jüdische Bürger hielten die Ereignisse für Übergangserscheinungen [6]. Nicht zuletzt bestätigt dies die Haltung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die sogar noch über die Pogrome 1938 hinaus mangels Einsicht in die NS-Entscheidungsstrukturen hoffte, ein Überleben der jüdischen Gemeinschaft sichern zu können [7]. Ähnlich die Äußerung: „eine funktionierende Finanz- und Bankwirtschaft ohne die traditionelle Position des Hauses Mendelssohn in Berlin“ erscheine deren Geschäftsführung nicht denkbar [8].

Wesensmerkmal jeder Diktatur ist das absolute Herrschaftsmonopol, das nicht nur den Staat und seine Einrichtungen, das öffentliche Leben im Übrigen ein-

schließlich der politischen Rechte für sich allein beansprucht, sondern auch in das gesellschaftliche Leben eindringt und nicht zuletzt auf den Einzelnen zugreift. Davon waren unversehens alle Arten von privatrechtlichen Vereinigungen, zum Beispiel von Kultur, Wirtschaft, Industrie, aber auch alle gesellschaftlichen Zusammenschlüsse, die Vereine betroffen. So wurden auch die wissenschaftlichen Gesellschaften im Sinne des „Führerprinzips“ umgebaut, vor allem aber nachdrücklich aufgefordert, ihre jüdischen Mitglieder aus den Vorständen zu entlassen, ihnen den Verzicht auf aktive Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen nahezu legen und sie schließlich aus den Vereinigungen auszuschließen. Dennoch kam es vor, dass verstorbene jüdische Mitglieder auch noch später in Totenehrungen gewürdigt wurden [9, 10]. Der 1933 vom Amt des Schatzmeisters zurückgetretene Hans Isidor Bettmann, der später emigrieren konnte (siehe unten), blieb noch im Mitgliederverzeichnis 1936/37 erwähnt. Die Mehrzahl der betroffenen Mitglieder indessen verschwand kommentarlos, ihr weiteres Schicksal vollzog sich unbemerkt oder wurde nicht zur Kenntnis genommen. Dieses Versäumnis muss die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie tragen.

Die deutschen Juden lebten nicht als Fremde, nicht als bloße Schutzverwandte in Deutschland; sie lebten hier als Mitglieder und Glieder des durch die gemeinsame Staatsangehörigkeit bestimmten deutschen Volkes. Staatsangehörigkeit meint aber nicht ein beliebig kündbares Vertragsverhältnis, sie meint eine statusmäßige Zugehörigkeit, eine die Person als sol-

che betreffende Rechtsbeziehung, die nicht zuletzt durch das Verhältnis von Schutz und Gehorsam gekennzeichnet ist. Dazu gehört auf der einen Seite der Anspruch des Staates auf Loyalität, Gesetzesgehorsam und – in schwierigen Zeiten – Treue seiner Bürger, auf der anderen Seite die Aufgabe und Pflicht des Staates, jeden Bürger, wie schon das Preußische Allgemeine Landrecht wusste, „bei dem Seinigen gegen Gewalt und Störungen zu schützen.“ Ein einseitiges Hinausweisen aus diesem Schutz- und Treueverhältnis kommt, außer vielleicht bei schwerwiegenden Verbrechen gegen die Gemeinschaft, nicht in Betracht. [11]

Es obliegt den Lebenden, das aus dem Versäumnis drohende Vergessen zu beenden, stattdessen zum Opfer der verlorenen Kollegen sich zu bekennen. Nicht nur das geschehene Unrecht, sondern bereits die Tatsache, dass die Verfolgten wie alle anderen deutschen Staatsbürger diese mit uneingeschränkten Rechten und gleichermaßen unsere Mitglieder waren, nötigt uns, ihnen die Anerkennung unserer Gesellschaft wiederzugeben, sie aber auch sichtbar zu machen. Wie könnte dies besser und aufrichtiger bewirkt werden als – soweit zu rekonstruieren – durch die Wiedergabe ihrer Lebens- und Berufsdaten, der Darstellung ihrer fachlichen Leistungen, aber auch ihrer Schicksalswege, wenngleich die Lückenhaftigkeit unserer Informationen zu bedauern ist. Sie alle haben ihren Beruf pflichtgetreu ausgeübt, bemerkenswert ist die Zahl derer, die in unserer Gesellschaft ehrenamtlich Aufgaben wahrnahmen. Dies verdient Anerkennung und Dank über ihre Zeit hinaus.

Die Mitglieder

Dr. Georg Willy Alexander-Katz

* 23. Mai 1867 Liegnitz,
† 8. April 1945 Funchal/Madeira/Portugal.
Studium in Leipzig und Berlin. Promotion 1893 in Leipzig „Ein Fall von Ulnaris-Lähmung“. 40 Jahre Facharzt für Magen, Darm, Stoffwechsel in Hamburg. 1939 emigriert.

Prof. Dr. Hans Ritter von Baeyer

* 28. Februar 1875 Straßburg,
† 21. Januar 1941 Düsseldorf.

Sohn des Nobelpreisträgers für Chemie Johann Friedrich Wilhelm Adolf von Baeyer (1835–1917). Studium in Jena und München. Promotion 1901 in München „Über Chromsäure-Vergiftung“. Habilitation 1908 in München (F. Lange). 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer (Arzt). 1917 a.o. Professor in Würzburg, Direktor des König-Ludwig-Hauses. 1919 Direktor der Orthopädischen Klinik Heidelberg, 1929 o. ö. Professor. 1. März 1934 Zwangspensionierung „aus rassischen Gründen“.

Prof. Dr. Kurt Berliner

* 24. Mai 1879 Breslau,
† 25. April 1937 Obernigk bei Breslau.
Promotion 1904 in Breslau „Beiträge zur Histologie und Entwicklungsgeschichte des Kleinhirns“. Habilitation 1908 in Breslau „Akute Psychosen nach Gehirnerschütterung“. A.o. Professor 4. November 1914. Leitender Arzt der Lewaldschen Kuranstalt Bad Obernigk. Seine Ehefrau Thekla (*1887) wurde am 3. Mai 1942 in das Vernichtungslager Majdanek deportiert. Dort ermordet.

Hans Ritter
von BaeyerHans Isidor
Bettmann
(Nr. 13)Ludwig
Guttman

San.-Rat Dr. Hans Isidor Bettmann

* 1. September 1866 Geisa bei Weimar,
† 1942 New York.

Studium in Würzburg. Promotion 1891 „Anatomischer Befund im Falle von Hornhauterkrankung im Gefolge der Blennorrhoea neonatorum“. 1900 Facharzt für Orthopädie in Leipzig. Auch Facharzt für Chirurgie. Gründung einer „chirurgisch-orthopädischen Heilanstalt“. Gründungsmitglied, 1922 Schatzmeister und 2. Schriftführer der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde, Rücktritt 1933. Depromotion durch die Universität Würzburg. 1938 Entzug der Approbation, dann „Krankenbehandler“ nur für jüdische Patienten. 1939 Verlust der Klinik. Erkrankung an Röntgenkarzinom der Hände. 1940 Emigration USA.

Dr. Ernst Bettmann

* 19. März 1899 Leipzig,

† 22. September 1988 White Plains/USA.
Sohn des San.-Rats Dr. Hans Isidor Bettmann. 1917/18 Sanitätssoldat. 1919 Studium der Rechtswissenschaft, Wechsel zur Medizin in Leipzig und Freiburg. Staatsexamen 1921 in Leipzig. Promotion 1923 in Leipzig „Über einen Fall von habitueller Schulterluxation, operiert mit Fascienplastik nach Kirschner und Zusammenstellung der neuen Operationsmethoden“. Assistenzarzt bei Payr, Chirurgische Univ.-Klinik Leipzig, dann Wechsel zur Orthopädie (F. Schede). 1933 Habilitation „Die klinischen Behandlungsmethoden der Fußsenkung“. In seinen Erinnerungen hielt er fest: „Mein Chef, Prof. Schede, musste eine ganze Menge an Widerstand bei der Medizinischen Fakultät überwinden, damit die einen Juden als Privatdozenten bewilligten ...“. 1933 Entlassung, 1935 Entzug der Lehrbefugnis. Arbeit in der väterlichen Klinik. 1937

Emigration USA. Neue Wirkungsstätte am Yonkers Hospital, White Plains (NY).

Geh. San.-Rat. Dr. Eugen Cohn

* 23. September 1860 Berlin,
† 28. Februar 1933 Berlin.

Studium in Berlin und Würzburg. Promotion 1881 „Diabetes und Psychose“. 1882 Approbation. Chefarzt des Ambulatoriums der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft und Vertrauensarzt von deren Sektion VIII. 1932 Mitglied des Beirates im Vorstand der DGU. Sechs Jahre Vorsitzender des Berliner Vereins für Unfallheilkunde. Mitglied des Vorstands des Reichsverbandes der für BGen tätigen Ärzte. Im Mitgliederverzeichnis 1932 als „Facharzt für Unfallheilkunde“ ausgewiesen. Aus dem Nachruf der Holz-Berufsgenossenschaft: „Ausgestattet mit reichem Wissen, geleitet von dem Willen, den bei der Ausübung ihres Berufes Verunglückten die Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit zu geben, stets beseelt von menschlichem Mitgefühl und dem Wunsch zu helfen, ist er den Verletzten ein echter Vertrauensarzt gewesen. Seine Mitarbeiter im Vorstand der Sektion haben sein reifes Können und seine wertvolle Erfahrung hoch gewertet, seine gütige Menschlichkeit stets empfunden“ [12]. Beigesetzt auf dem Friedhof Schönhäuser Allee.

Oberregierungsmedizinalrat Dr. Curt Ehrlich

* 24. Februar 1871 Neisse,
† unbekannt.

1889/90 Militärdienst. 1890 Studium Berlin. Promotion 1894 Berlin „Über die Fälle von sogenannter intentio nervorum“. Evangelisch. Versorgungsärztliche Untersuchungsstelle Köln. Verfasser einer Schrift über die Bechterewsche

Krankheit. Bis 1939 in Köln gemeldet. Danach verliert sich die Spur.

Dr. Hermann Engel

* 4. September 1886 Hamburg,
† Mai 1971 New York.

Studium in Berlin und Heidelberg. Promotion 1912 „Chemotherapeutische Versuche mit Adrenalin und ähnlich constituirten Stoffen bei tumorkranken Tieren“. Orthopäde. Mitbesitzer Orthopädische Privat Klinik in Berlin, Praxis. 1937 Entzug der Kassenzulassung. Emigration Ägypten-USA.

Dr. Julius Fuchs

* 30. Mai 1888 Odenheim,
† 1953 New York.

Studium in Heidelberg, Würzburg, München. Promotion 1914 Heidelberg. „Experimentelle Untersuchungen über die Wirkung von Preßsäften und Extrakten aus Schilddrüse, Eierstock und Placenta auf den überlebenden Kaninchenuterus“, 1920 Facharzt für Orthopädie, niedergelassen in Baden-Baden, Kassenzulassung bis 25. April 1933, 30. September 1938 Entzug der Approbation. Emigration USA.

PD Dr. Kurt Max Grassheim

* 12. Februar 1897,
† 15. November 1948 New York.

1917 Kriegsverwundung. Approbation 1921 Frankfurt/M. Habilitation 1929 Berlin (Endokrinologie, Biochemie). 1922 Gründungsmitglied DGU, Vortrag beim Gründungskongress „Die indirekten Muskel- und Sehnenrisse in der Unfallmedizin“. 1929–1933 I. Innere Univ.-Klinik Charité Berlin. 1933 Entzug der Lehrbefugnis, 1938 der Kassenzulassung. 1938 Emigration USA.



Paul Jottkowitz



Hermann Kaufmann



Max Mainzer

Prof. Dr. Ludwig Guttman

* 3. Juli 1899 Tost/Oberschlesien,
† 18. März 1980 Aylesbury/Großbritannien.
1917 Abitur humanistisches Gymnasium Königshütte, Einberufung Militärdienst. 1918 Studium Breslau und Halle/Saale. 1924 Approbation. 1930 Habilitation Breslau (Neurologie). 1933 Facharzt Neurologie, Entlassung Wenzel-Hancke-Krankenhaus Breslau. Oberarzt der Abteilung Neurologie am Jüdischen Krankenhaus Breslau, 1937 Direktor des Krankenhauses. 1939 Emigration England. 1939–1943 Abteilung Neurochirurgie Nuffield. 1943–1967 Leiter Spezialklinik für Wirbelsäulenverletzungen in Stoke Mandeville. Diese Tätigkeit stand zuerst im Zusammenhang mit der Behandlung und Rehabilitation von wirbelsäulenverletzten Piloten der Royal Airforce, die häufig beim Landeanflug mit ihren durch Beschuss beschädigten Bombern abstürzten. 1948 erste Stoke Mandeville Games, Keimzelle der Paralympics (seit 1960). 1966 geadelt „Sir Ludwig“. – Mitte 1960er Jahre Berater des Bundesarbeitsministeriums und des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften zum Bau eines Querschnittgelähmtenzentrums. Berater bei der Planung der Errichtung der Abteilung Rückenmarkverletzungen BG-Unfallklinik Murnau, eröffnet 1969 (Festvortrag). – Korrespondierendes Mitglied der DGU. Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Das Foto (Seite 209) zeigt Guttman auf der Terasse der BG-Unfallklinik Murnau (Mitte 1960er Jahre).

Dr. Kurt Eduard Hirschfeld

* 9. Januar 1889 Braunsberg/Ostpreußen,
† 1971 New York.

1922 Approbation in Königsberg. 1928 Facharzt für Orthopädie. Ab 1936 Berlin. 1938 Entzug der Kassenzulassung, bis 1941 als „Krankenbehandler“ nur für Juden zugelassen. 1941 „untergetaucht“, versorgt von seiner nichtjüdischen Frau Edith Berlow. Nach dem Krieg Emigration USA mit seiner Frau. Letztere erhielt den Ehrentitel „Gerechte der Völker“.

San.-Rat Dr. Ernst Joseph

* 7. April 1872 Breslau,
† 1950 Berlin.
Evangelisch. 1890 Abitur königliches Wilhelms-Gymnasium Berlin. 1890 Studium Berlin, Freiburg, Breslau. 1893 Militärdienst. Promotion 1894 Berlin. „Beitrag zur Kenntnis der Hemiatrophia faciei“. Seit 1900 für die Holz-BG tätig. 1901–1920 Leitender Arzt Heilanstalt für Unfallverletzte vom Roten Kreuz Berlin Mariannenufer. 1903–1913 Ärztlicher Direktor des Verbandes für Erste Hilfe Berlin. 1913 Auszeichnung mit dem Maria-Feodorowna-Preis auf der Internationalen Ausstellung vom Roten Kreuz in Washington für die Konstruktion eines motorisierten dreirädrigen Krankentransportfahrzeugs. Kriegsteilnehmer 1914–1918. 1920–1933 Sekretär des Berliner Vereins für Unfallheilkunde und Versicherungsmedizin. 1923–1933 Leitender Arzt der Unfallstation der Norddeutschen Holz-BG Berlin, 1933 entlassen. 1926–1933 Sekretär bzw. Vorsitzender des Reichsverbandes der für BGen tätigen Ärzte. 1929 zeitweilig Mitherausgeber „Monatsschrift für Unfallheilkunde und Versicherungsmedizin“. 1929–1933 Erster Schriftführer DGU. Staatlicher Druck, sich von seiner nichtjüdischen Frau scheiden zu lassen. 1936 nicht mehr im Mitgliederverzeichnis der DGU, 1938 nicht mehr im Berliner Adressbuch.

Während des 2. Weltkrieges Zwangsarbeit (Arbeitslager).

Oberregierungsmedizinalrat Dr. Paul Jottkowitz

* 24. Juli 1868 Samotschin,
† 26. Mai 1936 Berlin.
1886 Abitur Fürstenschule zu Pless/Oberschlesien. Beginn des Studiums in Breslau. Promotion 1891 „Wärme-Regulation des normalen, fiebernden und künstlich entfieberten Organismus“ (Pharmakologisches Institut Breslau). 1892–1896 Knappschafts-Krankenhaus Königshütte/Oberschlesien (Prof. Dr. W. Wagner, bekannt durch erste Buchveröffentlichung mit Stolper über Wirbelsäulenverletzungen und Röntgendiagnostik). Eigene Praxis in Oppeln. Vor 1911 Umzug nach Berlin, „Spezialarzt für Chirurgie und Orthopädie, Leiter einer chirurgisch-orthopädischen Privatanstalt“. 1912 Teilnahme am III. Internationalen Medizinischen Unfallkongress in Düsseldorf. 1914–1918 Kriegsteilnehmer (Arzt). 1919 Austritt aus der jüdischen Gemeinde Berlin. Anfang 1920er Jahre Leiter der Orthopädischen Versorgungsstelle Berlin. 1922 Teilnehmer der 1. Jahrestagung der DGU, danach Mitglied. 1930 Erster Vorsitzender der DGU, VI. Jahrestagung in Breslau. Datum und Umstände seines Ausscheidens nach 1933 unbekannt. 1937 gedenkt Prof. Stich als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie in der Kongresseröffnung des verstorbenen Jottkowitz: „... wir verdanken Jottkowitz zahlreiche fleißige Arbeiten aus dem Gebiet der Gliedmaßenchirurgie und des Gliedersatzes“. – Seine Frau Toni begeht 1942 Suizid wegen bevorstehender Deportation.



Oskar Salomon Meyer (Mitte)



Bernhard Mosberg (Mitte)

Veröffentlichungen (Auswahl)

- 1895 Über Heilungsergebnisse von Unterschenkelbrüchen mit Bezug auf das Unfallversicherungsgesetz. Langenbecks Archiv 42: 610–618
- 1899 Zur Totalresection der Diaphyse langer Röhrenknochen bei acuter, infektiöser Osteomyelitis. Langenbecks Archiv 52
- 1905 Zur Heilung von Pseudarthrosen. Münch. Med. Wochenschr. 21
- 1908 Über einen Fall von habitueller (lateraler) Luxation des Ellenbogengelenkes. Monatsschr. Unfallheilkd. 8
- 1922 Wie hat sich das Sauerbruchverfahren für Armamputierte bewährt? Münch. Med. Wochenschr. 69:1212–1214
- 1923 Die Verkürzungen der unteren Extremität. Arch. Orth. Unfallchir. 8
- 1924 Orthopädische Ziele der Amputation. Münch. Med. Wochenschr. 71
- 1927 Orthopädische Stützapparate. Schriftenr. Arbeit und Gesundheit. H. 4: 5–24
- 1928 Lehrbuch der Unfallheilkunde. Lehmanns Verlag, München
- 1931 Ergebnisse der orthopädischen Versorgung der kriegsbeschädigten Armamputierten Deutschlands. Schriftenr. Arbeit u. Gesundheit. H. 19:7–28

Dr. Eugen Jungmann

* 27. Februar 1871 Breslau,
† 24. Februar 1943 Ghetto Theresienstadt.
Promotion 1895 Würzburg. 1908 Orthopäde, später praktischer Arzt in Berlin. 1922 Gründungsmitglied DGU. 1938 Entzug Kassenzulassung, dann „Kranken-

behandler“. 3. Oktober 1942 Deportation. Suizid.

Dr. Hermann Kaufmann

* 26. August 1887 Köln,
† 14. April 1967 New York.
1906 Studium Freiburg, Gießen, Bonn, Straßburg. 1907 Militärdienst. Promotion 1911 Straßburg „Zur Kasuistik und Genese von Sirenenmißbildungen“. Praktischer Arzt in Köln. 1938 Entzug der Kassenzulassung, „Krankenbehandler“. 1941 Emigration USA.

San.-Rat Dr. Karl Lissauer

* 4. Mai 1869 Oberaula/Hessen,
† 25. Oktober 1940 Düsseldorf.
1888 Studium Heidelberg, Freiburg, Berlin. 1891 Militärdienst. Promotion in Berlin 1893 „Über Diplopia monocularis hysterica“. 1900 Eröffnung der Orthopädischen Heilanstalt Dr. Lissauer und Dr. Ebermaier in Düsseldorf. Spezialarzt für Chirurgie und Orthopädie. 1912 Teilnahme am Internationalen Unfallkongress.

Dr. Max Mainzer

* 30. Januar 1872 Heppenheim/Bergstraße,
† 22. August 1952 New York.
Studium Heidelberg und Würzburg. Promotion 1894 „Histologische Beiträge zur Entstehung und Struktur von Haemorrhoidalknoten“. 1899 Facharzt für Orthopädie, Niederlassung mit Orthopädischer Anstalt in Frankfurt/M. 1914–18. Leitender Arzt Chirurg. Abteilung Reservelazarett Frankfurt/Main Chirurg und Orthopäde. 1933/34 „Schutzhaft“. 1939 Emigration USA.

Dr. Oskar Salomon Meyer

* 12. September 1880 Lübeck,
† 9. November 1959 London.

1899 Studium Heidelberg, Kiel, Berlin. 1901 Militärdienst (3. Garde-Regiment zu Fuß Berlin). Promotion 1904 Kiel „Beitrag zur Kasuistik der acuten Beckenosteomyelitis“. 1910 Orthopädische Heilanstalt in Lübeck. Chirurg und Orthopäde. 1937 Emigration London. 1939 Aberkennung der Promotion.

Dr. Bernhard Mosberg

* 20. Februar 1874 Horn,
† 1944 KZ Auschwitz.
Promotion 1898 in Würzburg „Die Ausscheidung des Phlorhizins und des Zuckers in der Niere“. 1903 Facharzt für Chirurgie und Orthopädie in Bielefeld. Kriegsteilnehmer 1914–18, Stabsarzt. 1919–1932 nebenamtlich in Bethel tätig. Konstruierte die „Mosberg-Arme“. 1938 Entzug der Approbation. 22. November 1938 Emigration Niederlande. 1944 Deportation Theresienstadt, KZ Auschwitz. Ermordet, 1. Juni 1944 für tot erklärt. Ebenso seine Ehefrau und Tochter Dr. Gertrud Mosberg.

Dr. Gustav Muskat

* 19. März 1874 Breslau,
† 12. April 1938 Berlin.
1893 Studium Berlin, Zürich, Freiburg. 1895 Militärdienst. Promotion 1897 in Berlin „Die congenitalen Luxationen im Kniegelenk“. Chirurgischer Orthopäde und Medico-Mechaniker in Berlin.

Dr. Gustav Rosenberg

* 7. Juli 1891,
† unbekannt.
Studium Freiburg, Würzburg, München. Approbation 1915, Promotion 1920 in Frankfurt/Main. Kriegsteilnehmer als Truppenarzt im 1. Weltkrieg. Assistenzarzt an der Chirurgischen Universitäts-



Otto Rothschild (rechts)



Foto: DGU-Archiv

Ernst Adolf (Dan) Ruhemann

klinik Frankfurt/Main (Schmieden). 1924 Niederlassung als Facharzt für Chirurgie in Frankfurt/Main. 1922 Gründungsmitglied DGU; schon vor 1933 nicht mehr Mitglied der DGU. 1935 ins Ausland verzogen.

San.-Rat Dr. Moritz (Mordscha) Rothenberg

* 25. Dezember 1862 Ratzebuhr/Pommern, † 5. Oktober 1942 Ghetto Theresienstadt. Studium in Königsberg. Promotion 1887 „Mißbildungen des weiblichen Genitalschlauchs“. 1891–1933 Vertrauensarzt der Nordöstlichen Baugewerks-BG Berlin. 1912 Deputierter der NÖ Baugewerks-BG beim Internat. Unfallkongress in Düsseldorf. 1922 Gründungsmitglied DGU. – Rothenberg rief zusammen mit Hoffa, Thiem und Kaufmann auf der Naturforscher-Versammlung 1894 in Wien eine „Sektion für Unfallheilkunde“ ins Leben. Ausgezeichnet mit der Boedecker-Medaille des Reichsversicherungsamtes. 1942 Verhaftung, Deportation Theresienstadt.

Dr. Robert Otto Rothschild

* 21. Oktober 1872 Frankfurt/Main, † 9. Dezember 1940 Frankfurt/Main. 1891 Studium Bonn, München, Berlin. Promotion 1895 in Bonn „Elephantiasis scroti et penis“. 1903 Facharzt für Chirurgie, Niederlassung in Frankfurt/M. 1914–18 Kriegsdienst (Arzt). 1938 Entzug der Approbation. Suizid.

Dr. Ernst Adolf (Dan) Ruhemann

* 13. Oktober 1897 Berlin, † 23. Dezember 1952 Bristol/Großbritannien. 1914 Kriegsfreiwilliger, nach Verwundung Studium in Berlin. Promotion 1921 in Berlin „Über einen Fall von Thorax-

deformität“. Internist und Neurologe in Berlin. 1922 Gründungsmitglied der DGU. 1938 Emigration England.

Prof. Dr. Franz Schück

* 24. Oktober 1888 Breslau, † 1958 New York. Studium Würzburg, Freiburg, Breslau, Berlin. Promotion 1912 in Breslau „Experimentelle Untersuchungen über die rückläufige Durchströmung parenchymatöser Organe“ (Pflügers Archiv für die gesamte Physiologie der Menschen und der Tiere 147:117–134). 1913–1923 Chirurgische Universitätsklinik der Charité (Hildebrand). 1914–18 Kriegsteilnehmer. 1918 Habilitation Berlin. 1921 a.o. Professor. 1923–33 Ärztlicher Direktor des Städtischen Krankenhauses Am Urban, Berlin, Chefarzt der Chirurgischen Abteilung. Bevorzugtes Arbeitsgebiet Neurochirurgie. Zahlreiche Publikationen (Liste mit 34 Nennungen vorliegend). 1933 mehrmals von der SA verhaftet. 1934 Emigration USA. 1935 Privatpraxis in New York. Gedenktafel im Krankenhaus Am Urban.

Eigene Schilderung der Verfolgungen am 14. November 1957 (Berliner Entschädigungsbehörde, Reg. Nr. 309272): „Da ich Träger verschiedener hoher Auszeichnungen, unter anderem des Eisernen Kreuzes I, des Verwundetenabzeichens und anderer Medaillen war und außerdem die Rechte eines Stabsarztes in Reserve hatte, konnte man mich auf gesetzlichem Weg 1933 nicht unmittelbar aus meinen Ämtern entfernen. Die Folge waren fast sechs Monate dauernde systematische Erpressungen, falsche Anklagen und Gewalttätigkeiten. Ich wurde sechs Monate lang fast jede Woche von SA-Leuten „verhaftet“, meine Wohnung wurde fortgesetzt von SA-Truppen

durchsucht [...]. Auch im Urban-Krankenhaus erfolgten Angriffe und Tötlichkeiten gegenüber mir und anderen jüdischen Kollegen, ausgeführt durch bewaffnete SA-Leute. Hätte ich resigniert, als Zondek resignierte und als die anderen Nicht-arianer entfernt wurden, wären natürlich derartige Angriffe gegen meine persönliche Ehre nicht erforderlich geworden. Da ich Stabsarzt der Reserve mit den oben erwähnten Auszeichnungen war, konnte man mich auf gesetzlichem Wege nicht entfernen, und ich dachte nicht daran, meine Universitätslaufbahn und meine Beamtenstelle am Urban freiwillig aufzugeben.“

Prof. Dr. Walther Veit Simon

* 28. Dezember 1882 Berlin, † 21. April 1958 Santiago de Chile. Studium Berlin, Würzburg, Freiburg. Promotion 1909 „Pigmentierungen im Darm, mit besonderer Berücksichtigung des Wurmfortsatzes“ (Pathologie Freiburg). 1910–14 Chirurgische Universitätsklinik Breslau (Küttner). 1914–18 Kriegsteilnehmer, Truppenarzt, zweimalige Verwundung. Eisernes Kreuz I. und II. Klasse. 1916 Habilitation Breslau. 1922 Orthopädische Universitätsklinik Frankfurt/Main (Ludloff). A.o. Professor bis 1934. Seit 1922 Niederlassung als Facharzt für orthopädische Chirurgie in Frankfurt/Main – Veröffentlichungen über Appendixchirurgie, Kropf in Schlesien, Knochensarkome, Hungererkrankungen des Knochensystems, Krüppelfürsorge, Unfallbegutachtung etc. – November 1938 Verhaftung, KZ Buchenwald. 1939 Emigration USA, New York.

Regierungsmedizinalrat Dr. Paul Weil

* 10. September 1894, † 8. Juni 1963 Nottingham/Großbritannien.



Paul Weil

Abitur 1913, Militärdienst. 1914 Beginn des Studiums. 1914–18 Kriegsteilnehmer, Verwundung, Eisernes Kreuz II. Klasse. 1919 Studium München, Heidelberg, Tübingen. Promotion 1921 in Tübingen „Über den Einfluss der Kriegsverhältnisse auf das Körpergewicht der gynäkologisch kranken Frauen“. 1923 Niederlassung als praktischer Arzt und Chirurg in Stuttgart. 1926 Gerichtsarzt (OVA und Versorgungsgericht). Gutachtertätigkeit. 1926 Austritt aus der israelitischen Kultusgemeinde. 1929 Regierungsmedizinalrat beim Hauptversorgungsamt Stuttgart. 1933 Entlassung (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums). Ge-

sucht zur Kassenarntzulassung abgelehnt. 1933–1935 Übersiedlung in die Schweiz, Rückkehr nach Stuttgart 1935 in der Annahme, als Frontkämpfer und Ehemann einer nichtjüdischen Frau vor Maßnahmen geschützt zu sein. Stattdessen keine Kassenarntzulassung. Ausschluss der als Mischling I. Grades geltenden Tochter vom Besuch einer höheren Schule. 1937 wegen „Devisenvergehens“ 14 Monate Untersuchungshaft, verurteilt zu zwei Jahren Zuchthaus. 1938 Entzug der Approbation, 1939 Aberkennung des Doktorgrades durch die Universität Tübingen. 1939 Emigration ohne Familie nach England. Ab 1942 Krankenhausarzt (Psychiatrie). Nach Kriegsende Wiedervereinigung der Familie in England. 1947 britische Staatsbürgerschaft. Niederlassung in Nottingham. 1948 als Facharzt für Psychiatrie Anstellung bei Krankenhausbehörde.

DER AUTOR

Prof. Dr. Jürgen Probst leitet die Arbeitsgemeinschaft Geschichte der Unfallchirurgie der DGU.

Literatur

- 1 Steinau H U, Bauer H, Sachs M, Schmiedebach H P (2011) Deutsche Gesellschaft für

Chirurgie 1933–1945 Die Präsidenten. Kaden Verlag, Heidelberg

- 2 Thomann K D, Rauschmann M (2001) Orthopäden und Patienten unter der nationalsozialistischen Diktatur. Orthopäde 30: 696–711
- 3 Wehler H U (2009) Der Nationalsozialismus Bewegung Führerherrschaft Verbrechen. C. H. Beck, München.- Ders. (2011) Götz Aly's neuer Irrweg. Frankf. Allg. Z. 13.12.2011
- 4 Bauer J (2005) Prinzip Menschlichkeit. 6 Aufl. Heyne Verlag, München
- 5 Hildebrand K (2003) Das Dritte Reich. 6. Aufl. R. Oldenbourg Verlag, München
- 6 Schwoch R (2006) Jüdische Ärzte in der NS-Zeit: „Wir waren Ausgestoßene“. Dt. Ärztebl. 103: C559
- 7 Meyer B (2011) Tödliche Gratwanderung. Wallstein Verlag, Göttingen
- 8 Lackmann T (2005) Das Glück der Mendelssohns. Aufbau Verlag, Berlin
- 9 König F (1934) Eröffnungsansprache des Vorsitzenden. Verhandlungen auf der IX. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde, Versicherungs- und Versorgungsmedizin am 12. und 13. Oktober 1934 in Würzburg. Archiv für Orthopädische und Unfall-Chirurgie, 35. Band, 1. Heft, S. 3–6, Julius Springer, Berlin
- 10 Stich R (1937) Eröffnungsansprache des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie. 61. Tagung 1937. Arch. klin. Chir. 189: 3–13, Julius Springer, Berlin
- 11 Böckenförde E W (1997) Die Verfolgung der deutschen Juden als Bürgerverrat. MERKUR 2/1997, 165–170
- 12 Berechnungsamts-Nachrichten. Sonderbeilage der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker Nr. 3 (März 1933), S. 13

Weitere Quellen

- Liste „Die Verfolgten“. Monatsschr. für Kinderheilkunde. Suppl. 1/99
- Sachs M (1997 ff.) Historisches Ärztelexikon für Schlesien. Biographisch-Bibliographisches Lexikon schlesischer Ärzte und Wundärzte (Chirurgen), Bde. 1–4. Wunstorf
- Schwoch R (2009) Berliner jüdische Kassenärzte und ihr Schicksal im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch. Im Auftrag von Kassenärztliche Vereinigung Berlin, Deutscher Ärzteverlag/Deutsches Ärzteblatt, Kassenärztliche Bundesvereinigung, Bundesärztekammer. Berlin
- Recherche der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin im Reichsarztregister von 7.9.2012
- Mitgliederverzeichnisse der DGU 1922, 1933, 1936/37
- Susanne Rueß: Stuttgarter jüdische Ärzte während des Nationalsozialismus, Würzburg 2009

DANKSAGUNG

Die Ermittlung der Personendaten wäre ohne die bereitwillige und intensive Unterstützung aus einer Reihe von Institutionen nicht möglich gewesen. Für diese großzügige Hilfe, die entscheidend dazu beigetragen hat, den verfolgten damaligen Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde, Versicherungs- und Versorgungsmedizin ein sichtbares Denkmal zu errichten, danken wir:

- Frau Dr. Eilen Harnisch, Kassenärztliche Vereinigung Berlin, für den Abgleich unserer Mitgliederlisten mit dem Reichsarztregister, sowie
- Herrn Lutz Becht M. A., Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/Main
- Frau Dr. Barbara Becker-Jakli, NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
- Herrn Herbert Birett, Bibliotheksoberrat a. D., München
- Frau Kerstin Böttcher, Landesarchiv Berlin
- Frau Dr. Susanne Doetz, Institut für Geschichte der Medizin und Ethik in der Medizin, Charité-Universitätsmedizin Berlin
- Herrn Franz Elser, Berufsgenossenschaft Holz und Metall, München
- Frau Dr. Eva Maria Felschow, Universitätsarchiv der Justus-Liebig-Universität Gießen
- Herrn Dr. Dennis Göbel, Geschäftsführer, AGAPLESION Frankfurter Diakonie Klinikum gGmbH, Frankfurt/Main
- Frau Petra Hesse, Universitätsarchiv Leipzig
- Herrn Dr. Georg Holfelder, Frankfurt/Main
- Herrn Jochen Striewisch, Hauptarchiv v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel, Bielefeld
- Frau Barbara Welker, Centrum judaicum Berlin
- Frau Katharina Wülk, Universitätsarchiv, Universität Würzburg

Die Wiederherstellung der Mitgliederdaten besorgte in mühevoller wie hartnäckiger, jahrelang zielstrebig verfolgter Arbeit der Geschäftsstellenleiter der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie, Herr Dipl.-Pol. Joachim Arndt, Berlin, dem dafür an dieser Stelle großer Dank ausgesprochen sei.